

- 2 UN-Doc. A/Res/38/171 (Gesamtüberprüfung der Politiken und Verfahren für operative Aktivitäten im Dienste der Entwicklung).
- 3 UN-Doc. A/38/258 v. 8.6.1983 mit Add.1 v. 19.9.1983 (Operational activities for development of the United Nations system).
- 4 In der von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen herausgegebenen ›Dritte Welt Presse‹, Themenausgabe Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit, Januar 1984.
- 5 Fünfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 9/2411), Bonn 1983, S.38.
- 6 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Entwicklungspolitik. Jahresbericht 1982, Bonn 1983, S.15f.
- 7 Mit Ausnahme der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die seit Anbeginn in ihr Mandat ausdrücklich Programme der technischen Hilfe für ihre Mitgliedsländer einbezogen hatte; sie werden aus dem ordentlichen Haushalt finanziert.
- 8 Siehe Mahdi Elmandjra, The United Nations Systems. An Analysis, London 1973.
- 9 Auf Grund der Entschließung 2029(XX) der UN-Generalversammlung v. 22.11.1965 wurde durch Zusammenlegung zweier früherer Sonderprogramme, des ›Expanded Programme for Technical Assistance‹ (EPTA), bestehend seit 1949, und des ›Special Fund‹, bestehend seit 1958, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) begründet. — Eine ausführliche Beschreibung der ersten 25 Jahre multilateraler Technischer Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen, die in der Tiefe ihrer Problemanalyse bis heute nicht übertroffen wurde und weitgehend ihre Gültigkeit behielt, bringt Sir Robert Jackson in seinem Bericht: A Study of the Capacity of the United Nations Development System, UN Publ. E.70.I.10. Siehe auch Eberhard Kurth, UN-Entwicklungssystem am Scheidewege. Jackson-Studie zwingt zu Reformen, VN 3/1970 S.80ff., und Friedrich Georg Seib, Die Befähigung des UN-Systems zu wirksamer Entwicklungshilfe. Der Jackson-Bericht aus heutiger Sicht, VN 6/1974 S.179ff.
- 10 Siehe auch Bradford Morse, Zur Rolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Sieben Charakteristika der multilateralen Hilfe, VN 4/1977 S.104ff.
- 11 Erster Planungszyklus des UNDP: 1972–1976, zweiter: 1977–1981, dritter: 1982–1986.
- 12 Siehe auch S.65 dieser Ausgabe zur aktuellen Finanzlage des UNDP.
- 13 Umwelt, Stockholm 1972; Bevölkerung, Bukarest 1974; Ernährung, Rom 1974; Frauen, Mexiko 1975; Menschliches Siedlungswesen, Vancouver 1976; Beschäftigung, Genf 1976; Wasser, Mar del Plata 1977; Wüsten, Nairobi 1977; Technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, Buenos Aires 1978; Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, Wien 1979.
- 14 Vgl. die Übersicht in UN-Doc. A/38/258/Add.1, Tabelle A-2.
- 15 Angaben von Weltbank-Vizepräsident S. Shahid Husain vor dem Entwicklungspolitischen Forum der DSE in Berlin (West) im September 1983.
- 16 Insgesamt betragen die freiwilligen Beiträge für operative Aktivitäten der Sonderorganisationen und anderer Einrichtungen 1979 215,2, 1980 268,6, 1981 282 und 1982 296,7 Mill. Dollar.
- 17 Siehe Anm. 4.

Die operativen Aktivitäten im Dienste der Entwicklung

Ein Überblick über Fonds, Programme und andere Finanzierungsorgane im wirtschaftlichen und sozialen Bereich der Vereinten Nationen

HANS D'ORVILLE

Die Vielfalt der im Bereich der Vereinten Nationen existierenden Fonds und Finanzierungsmodalitäten für die operativen Aktivitäten im Dienste der Entwicklung übersteigt mittlerweile das Fassungsvermögen selbst gut informierter Experten. Diese Feststellung kann ohne Zögern schon für den engeren Bereich der Organisation der Vereinten Nationen und der mit ihr verbundenen Programme und Fonds getroffen werden — selbst wenn man die mit den verschiedenen Sonderorganisationen des UN-Systems verbundenen Aktivitäten außer acht läßt.

Nach einer gängigen Definition umfassen die *operativen Aktivitäten der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung* neben dem weithin bekannten Entwicklungsprogramm (UNDP), dem Kinderhilfswerk (UNICEF) und dem Fonds für Bevölkerungsfragen (UNFPA) eine Vielzahl anderer Fonds und Programme, die ihren gemeinsamen Nenner darin finden, daß für sie alljährlich am Sitz der Vereinten Nationen in New York eine gemeinsame Beitragsankündigungskonferenz stattfindet, bei der Regierungen ihre voraussichtlichen Mittelzusagen für die einzelnen Programme abgeben. (Diese gemeinsame Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten (United Nations Pledging Conference for Development Activities) wird in dieser Form übrigens erst seit 1978 abgehalten.) Um das System der Vereinten Nationen vollständig zu erfassen, müßten dazu noch die Programme und Fonds der Sonderorganisationen gerechnet werden, die technische und andere Kooperation fördern und finanzieren. Schließlich fällt unter diese Definition noch die vom Welternährungsprogramm verwaltete Nahrungsmittelhilfe. Insgesamt umfassen die operativen Aktivitäten des Systems mehr als 30 verschiedene Organisationen, Fonds und Programme.

Das Pendant zu den operativen Aktivitäten der Vereinten Nationen stellen die normativen, beratenden und standardsetzenden Funktionen dar, die weithin von den Hauptorganen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen wahrgenommen werden (genannt sei etwa das Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung oder die Internationale Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen). Beide Aufgaben sind eng miteinander verbunden, da die Vereinten Nationen durch die operativen Aktivitäten die Möglichkeit besitzen, eine direkte Rolle bei der Umsetzung der in Strategien, Aktionsprogrammen und Er-

klärungen festgelegten Entwicklungsziele zu spielen und damit aktiv zur rascheren Entwicklung der Dritten Welt beizutragen. Im Rahmen der operativen Aktivitäten selbst entfällt der überwiegende Teil auf die Technische Zusammenarbeit; sie zielt darauf ab, die Entwicklungsländer bei den Bemühungen zur Erreichung ihre Eigenständigkeit zu unterstützen.

Es muß besonders betont werden, daß alle Zuwendungen im Rahmen der multilateralen Technischen Hilfe der Vereinten Nationen aus freiwilligen Leistungen (nicht Pflichtbeiträgen) der Geber stammen und daß sie verlorene Zuschüsse (grants) darstellen, die die Empfängerländer nicht zurückzahlen müssen. Diese Praxis steht in auffallendem Gegensatz zu der der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken, deren Programme Technischer Zusammenarbeit in den letzten Jahren kräftig zunahmen. Diese Programme werden von diesen Institutionen nämlich durch Kreditaufnahme finanziert; die Darlehen müssen, entsprechend verzinst, getilgt werden. Das steigende Volumen der Weltbankaktivitäten im Bereich der Technischen Zusammenarbeit reflektiert auch die zunehmende praktische Umsetzung der Erkenntnis, daß Kapital- und Technische Hilfe in hohem Maße komplementär sind.

Die Zahl der verschiedenen — vor allem sektoralen — Fonds und Programme wuchs besonders in den siebziger Jahren und mit ihnen die Unübersichtlichkeit. Ein auslösendes Element für diesen Trend stellten sicherlich die verschiedenen Vorhaben mit dem Ziel der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung dar. Auch kam es zur Abhaltung einer großen Zahl von überwiegend sektoral ausgerichteten Weltkonferenzen der Vereinten Nationen, die nicht nur neue umfassende und wertvolle Strategien für künftige Aktivitäten in den jeweiligen Bereichen verabschiedeten, sondern häufig auch die Errichtung neuer, spezialisierter Finanzierungsmechanismen vorschlugen. Durch diese neuen Fonds sollten von den Geberländern neue und zusätzliche Finanzmittel mobilisiert werden, um dadurch das insgesamt verfügbare Mittelvolumen für operative Aktivitäten anzuheben (Additionalität).

Heute läßt sich jedoch feststellen, daß sich diese Hoffnung auf Additionalität nicht erfüllt hat und daß sich statt dessen das System der Notwendigkeit gegenübersteht, Zersplitterung und unnötige Duplizierung von Aktivitäten zu vermeiden. Alle Programme müssen sich nun in einem vor mehreren Jahren noch

unvorstellbaren Ausmaß Fragen nach der Koordination mit anderen Schwesterorganisationen, nach der administrativen Effizienz und ihren Auswirkungen auf die für Projekte zur Verfügung stehenden Mittel, nach der Effektivität von Projekten und der Forderung nach unabhängiger Evaluierung und Erfolgskontrolle stellen, um die weitere Unterstützung und das Interesse der einzelnen Geberländer zu gewinnen und zu erhalten. Diese Entwicklung ist nicht allein mit der Rezession zu erklären, sondern hängt sicherlich auch mit der kaum mehr zu überblickenden Vielfalt der einzelnen Fonds, Finanzierungssysteme, Sonderkonten, Treuhandfonds, Sonderprogramme und so fort zusammen und einem damit abnehmenden Enthusiasmus bei Geber- wie Empfängerländern, die vorhandenen Einrichtungen im erforderlichen Ausmaß finanziell zu unterstützen oder gar neue Finanzierungsinstrumente zu kreieren. Es sind nicht zuletzt diese Organisationen, die diese Trendwende als erste zu spüren bekommen: Das ihnen zur Verfügung gestellte Mittelvolumen erreicht meist nur einen Bruchteil der angestrebten Finanzierungsbasis und stellt damit von Anbeginn aller Aktivitäten ihre Fähigkeit in Frage, die gesteckten Ziele zu erreichen. Dies jedoch ist ein Phänomen, mit dem sich — wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß — fast alle multilateralen Organisationen auseinandersetzen müssen, nämlich daß die von den (mit Regierungsvertretern besetzten) zuständigen zwischenstaatlichen Gremien und Leitungsorgane mittelfristige Ressourcenziele vorgegeben haben, die offenbar auf zu optimistischen Annahmen basierten und bei weitem nicht den tatsächlichen Beitragsergebnissen entsprechen. Unter diesen Umständen konzentrieren viele Organisationen heute ihre Bemühungen auf das Mindestziel, ihr Beitragsvolumen real wenigstens auf dem Niveau des Vorjahres zu halten.

Die Verschlechterung der Finanzierungsaussichten ist auch ein Grund dafür, daß viele Organisationen sich um eine Diversifizierung ihrer Geldquellen bemühen und für bestimmte Projekte neue Modalitäten einführen, etwa die Kostenteilung (cost-sharing) mit den Empfängerländern bzw. mit anderen multi- oder bilateralen Gebern oder die Kofinanzierung mit privaten Geldgebern und sonstigen Einrichtungen. Ferner macht es auch die sich ständig wandelnde Bedürfnisstruktur der Entwicklungsländer erforderlich, bisherige Praktiken und Ansätze immer wieder zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. Weiterhin läßt sich auch ein Trend zur besseren Abstimmung und gegenseitigen Ergänzung der verschiedenen Aktivitäten feststellen, sowohl innerhalb des Systems der Vereinten Nationen als auch zwischen bi- und multilateralen Organisationen.

☆

Dieser Artikel hat zur Aufgabe, für den begrenzten Bereich der Organisation der Vereinten Nationen einen systematischen Überblick über die wichtigsten verschiedenen Finanzierungsinstrumente für die operativen Aktivitäten im Dienste der Entwicklung vorzulegen und die einzelnen Programme, ihre Aufgabenbereiche und Mittelaufkommen vorzustellen. Notwendigerweise bleiben dabei Dutzende von Treuhandfonds unter der Ägide der jeweiligen Organisationen, die für spezifische Länder oder eng umrissene Zwecke bestimmt sind, außer Betracht. Die Übersicht beginnt zunächst mit dem Entwicklungsprogramm und den von ihm betreuten Einrichtungen; es folgen der Bevölkerungsfonds, das Kinderhilfswerk und schließlich die Fonds, die Organisationseinheiten innerhalb des UN-Sekretariats zugeordnet sind.

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP)

Das UNDP ist das größte und umfassendste multisektorale Programm für multilaterale Technische Zusammenarbeit, das die Generalversammlung mit Resolution 2029(XX) vom 22. November 1965 durch eine Zusammenlegung des Erweiterten Pro-

gramms für Technische Hilfe (Expanded Programme of Technical Assistance, EPTA) — das von der Generalversammlung durch Resolution 304(IV) vom 16. November 1949 geschaffen worden und auf relativ kurzfristige Hilfe durch die Entsendung von Experten und Vergabe von Stipendien ausgerichtet gewesen war — und des Sonderfonds der Vereinten Nationen (United Nations Special Fund) — der von der Generalversammlung durch Resolution 1240(XIII) vom 14. Oktober 1958 gegründet worden war und sich auf größere, komplexere Projekte konzentriert hatte — ins Leben rief. In der Folge wies die Generalversammlung dem UNDP die Rolle des zentralen Finanzierungs- und Koordinierungssystems für die Aktivitäten der Technischen Zusammenarbeit im System der Vereinten Nationen zu.

Ausrichtung und Aktivitäten des UNDP sind im wesentlichen durch den als Konsens bezeichneten Anhang zur Resolution 2688(XXV) der Generalversammlung vom 11. Dezember 1970 niedergelegt, durch den die Prinzipien der Länderprogrammierung und der Planleitziffern eingeführt wurden. Weitere Richtlinien jüngerer Datums sind in der Resolution 3405(XXX) vom 28. November 1975 über neue Dimensionen in der Technischen Zusammenarbeit zu finden. Als Folge dieser Vorgaben entfallen heute mehr als 80 vH aller Mittelzuweisungen auf Länder mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 300 US-Dollar.

Weltweit ist das UNDP in 116 Ländern mit eigenen örtlichen Repräsentanten vertreten, die mit wenigen Ausnahmen auch die Funktion eines Koordinators für die Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im jeweiligen Lande wahrnehmen. Insgesamt unterstützt das UNDP 150 Länder und Territorien in ihren Entwicklungsaktivitäten.

In Zusammenarbeit mit jedem einzelnen Empfängerland arbeitet das UNDP ein langfristiges (zumeist fünfjähriges) Landesentwicklungsprogramm aus, das die offiziellen Entwicklungsziele eines Landes widerspiegelt. Sobald es vom UNDP-Verwaltungsrat gebilligt ist, bildet es den verbindlichen Rahmen für alle vom UNDP finanzierten Aktivitäten in einem Land. In diesem Programm sind die sektoralen Entwicklungsprioritäten präzisiert und die dem Land — nach Maßgabe der vom Verwaltungsrat für den fünfjährigen Programmzyklus des UNDP festgelegten finanziellen Planleitziffern — für die einzelnen Projekte zur Verfügung stehenden Finanzmittel ausgewiesen. Zusätzlich finanziert das UNDP auch regionale und weltweite Programme, etwa im Bereich der Agrarforschung und der Bekämpfung tropischer Krankheiten.

Die Durchführung der einzelnen Projekte wird dann, in Übereinstimmung mit den vom Verwaltungsrat verabschiedeten Strategien und Richtlinien, der jeweils kompetenten Sonderorganisation des Systems der Vereinten Nationen übertragen (executing agency); die UNDP-Gelder stellen für diese extrabudgetäre Mittel dar. Das UNDP stellt damit im wesentlichen ein Finanzierungsinstrument dar, führt aber auch in bescheidenem Rahmen durch sein eigenes Büro für Projektdurchführung (Office for Projects Execution, OPE) Projekte durch.

Das Mittelaufkommen des UNDP betrug 1983 etwa 680 Mill. Dollar, zu denen die Bundesrepublik Deutschland 47 Mill. (114 Mill. DM) beisteuerte. Im zweiten Programmzyklus (1977–1981) gab das UNDP etwa 2,5 Mrd. Dollar für Projekte im Feld aus, die im wesentlichen auf Experten, Ausrüstung, Ausbildungsaktivitäten und Kontraktarbeiten entfielen. Insgesamt entsandte das UNDP in diesem Zeitraum etwa 85 000 Experten und vergab 6 600 Stipendien. Für den gegenwärtigen dritten Programmzyklus (1982–1986) kann das UNDP allerdings angesichts eines nur minimal wachsenden jährlichen Beitragsaufkommens nur 55 vH des ursprünglich (unter Annahme eines 14prozentigen jährlichen Beitragswachstums) projektierten Volumens programmieren.

Administrator des UNDP ist seit 1976 der Amerikaner Bradford Morse. Unter der Ägide des Administrators verwaltet das UNDP 16 weitere Fonds und Sonderaktivitäten. Der aus 48 Mitgliedstaaten bestehende Verwaltungsrat des UNDP tritt einmal jährlich zu einer Tagung zusammen; ihm obliegt die unmittelbare Kontrolle der Politiken und Aktivitäten des UNDP.

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Capital Development Fund, UNCDF)

Der UNCDF wurde von der Generalversammlung mit Resolution 2186(XXI) vom 13. Dezember 1966 als Organ der Generalversammlung errichtet. In Resolution 2321(XXII) vom 15. Dezember 1967 wurde der Administrator des UNDP gebeten, die Funktion des Geschäftsführenden Direktors zu übernehmen. Diese Regelung ist nach wie vor in Kraft.

Der UNCDF wurde gegründet mit dem Ziel, relativ geringe Kapitalbeträge schnell und mittels flexibler Finanzierungsmodalitäten den ärmsten Schichten der Entwicklungsländer zukommen zu lassen, vor allem durch die Finanzierung von Selbsthilfeaktivitäten, die eine unmittelbare Verbesserung der Lebensqualität, eine Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, höhere Produktivität und damit ein beschleunigtes und selbsttragendes Wachstum erwarten lassen (durch Versorgung mit Trinkwasser, ländliche Bewässerungsvorhaben, Landwirtschaftskredite, Viehzucht, ländliche Elektrifizierung, ländliche Schulen etc.). Seit 1975 konzentriert sich der UNCDF in seinen Aktivitäten hauptsächlich auf die am wenigsten entwickelten Länder. Die Projekte sollen, soweit möglich, komplementär zu denen anderer multilateraler Institutionen sein.

1983 erhielt der UNCDF Beiträge in Höhe von 24,3 Mill Dollar; die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich nicht an der Finanzierung des Fonds. Insgesamt haben die Mittelzuflüsse seit 1980 spürbar zugenommen, und im Zweijahreszeitraum 1981-1982 hat der UNCDF Projekte mit einem Gesamtvolumen von 131 Mill Dollar gebilligt.

Unter der Federführung des UNDP-Administrators amtiert der Peruaner Orlando Olcese als Exekutivsekretär des Fonds.

Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage (United Nations Special Fund for Land-locked Developing Countries, SFLDLC)

Nachdem die Generalversammlung mit Resolution 3504(XXX) vom 15. Dezember 1975 prinzipiell die Errichtung des Sonderfonds beschlossen hatte, verkündete sie in Resolution 31/177 vom 21. Dezember 1976 das Statut des Fonds.

Der Fonds dient dem Zweck, Entwicklungsländer in Binnenlage dabei zu unterstützen, ihre Lage im Transit- und Transportbereich zu verbessern und somit die erforderlichen Transit- und damit zusammenhängenden Transportkosten zu reduzieren.

Der Fonds nahm 1978 seine Aktivitäten auf und wird seitdem interimistisch gemeinsam von UNDP und UNCTAD verwaltet. Der Administrator des UNDP berichtet jährlich seinem Verwaltungsrat wie auch dem Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung über die Fondstätigkeit. Obwohl das Statut vorsieht, daß der Fonds von einem aus 36 Staaten bestehenden Gouverneursrat geleitet werden soll, hat angesichts des äußerst mageren Mittelaufkommens dieser Rat seine Arbeit noch nicht aufgenommen. Die Ernennung eines Exekutivdirektors steht ebenfalls noch aus.

Trotz der anerkannt vorliegenden Bedürfnisse dieser Länder zeitigten konstante Appelle an die Geberländer, den Fonds mit einer entsprechenden Finanzbasis auszustatten, bislang geringen Erfolg. Der Fonds zeichnet sogar ein stetig abnehmendes Mittelaufkommen. So erhielt er 1983 insgesamt nur etwa 66 000 Dollar; die Bundesrepublik Deutschland leistete keinen Beitrag. Insgesamt wurden von dem Fonds bislang nur etwa 15 Projekte mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 1 Mill Dollar durchgeführt.

Selbsterneuerungsfonds der Vereinten Nationen für die Erforschung natürlicher Ressourcen (United Nations Revolving Fund for Natural Resources Exploration, UNRFNRE)

Der Fonds wurde gemäß Entschließung 3167(XXVII) der Generalversammlung vom 17. Dezember 1973 vom Generalsekretär als Treuhandfonds gegründet und wird für ihn vom Administrator des UNDP verwaltet. Der Fonds dient der Finanzierung

Technischer Zusammenarbeit, die Entwicklungsländer bei der Exploration von unerforschten natürlichen Ressourcen — hauptsächlich festen Mineralien und geothermischer Energie —, der Bestimmung ihrer Menge und Qualität sowie einer Einschätzung der Wirtschaftlichkeit einer eventuellen Ausbeutung und ihres potentiellen Stellenwerts für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes benötigen.

Der für das System der Vereinten Nationen einzigartige Selbsterneuerungscharakter des Fonds kommt dadurch zum Ausdruck, daß sich die Entwicklungsländer verpflichten müssen, bei erfolgreichen Projekten, die innerhalb von 30 Jahren nach Beginn der Exploration zu einer tatsächlichen Nutzung führen, eine Auffüllung des Fonds in Höhe von 2 vH des jährlichen Produktionsertrags über einen Zeitraum von 15 Jahren vorzunehmen. Für jedes Projekt wird dann noch eine Obergrenze für eine kumulative Rückzahlungshöhe festgelegt. Es wurde bei der Gründung des Fonds angenommen, daß sich der Fonds durch diesen Ansatz nach etwa 25 Jahren selbst finanzieren und tragen kann.

1983 erhielt der Fonds etwas mehr als 2 Mill Dollar; die Bundesrepublik Deutschland leistet keinen Beitrag. Auch dieses Beitragsvolumen bleibt weit hinter dem Niveau zurück, das erforderlich ist, um alle Projekte realisieren zu können, die dem Fonds angetragen und bereits vom Verwaltungsrat des UNDP genehmigt wurden, der ebenfalls die Rolle des Verwaltungsrats für den Fonds ausübt. Von acht bereits abgeschlossenen Explorationsprojekten haben sich sechs als potentiell wirtschaftlich interessante Funde erwiesen.

Direktor des Fonds ist der Japaner Hajime Kobayashi.

Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Volunteers, UNV)

Mit Resolution 2659(XXV) vom 7. Dezember 1970 errichtete die Generalversammlung das Entwicklungshelferprogramm, um dadurch zur internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit beizutragen, und ersuchte den Generalsekretär, den Administrator des UNDP mit der Verwaltung des UNV zu beauftragen und einen Koordinator zu benennen. Gleichzeitig lud die Generalversammlung die Regierungen ein, einem Besonderen Freiwilligen Fonds (Special Voluntary Fund), der die Aktivitäten des UNV unterstützen sollte, entsprechende Mittel zukommen zu lassen. Durch Resolutionen 31/131 vom 16. Dezember 1976 und 31/166 vom 21. Dezember 1976 der Generalversammlung wurde das Mandat des UNV präzisiert. Seither fungiert es als zentrales Programm der Vereinten Nationen für die Förderung von Jugendaktivitäten in Entwicklungsländern. Ferner wurde das UNV beauftragt, die Herausbildung nationaler Entwicklungsdienste in Entwicklungsländern zu unterstützen.

Seit seiner Gründung hat sich das UNV als ein kostengünstiges und dynamisch wachsendes Programm erwiesen. Es entsendet heute etwa 1 000 freiwillige Entwicklungshelfer, die zusammen mehr als 75 Nationalitäten und 50 Berufsgruppen repräsentieren, in mehr als 80 Entwicklungsländer.

1983 erhielt der Besondere Freiwillige Fonds Beiträge in Höhe von etwa 1 Mill Dollar, wovon 122 500 (300 000 DM) von der Bundesrepublik Deutschland gegeben wurden.

Exekutivkoordinator des UNV ist der Syrer Hikmat Nabulsi.

Fonds für Sondermaßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (Special Measures Fund for Least Developed Countries, SMF)

Die 1981 in Paris abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder verabschiedete ein neues substantielles Aktionsprogramm (Substantial New Programme of Action, SNPA) für die achtziger Jahre zugunsten dieser Länder. Zur Durchführung dieses Programms wurde dem UNDP eine wichtige Rolle zugewiesen; zur Finanzierung der entsprechenden Projekte wurde der SMF errichtet, der einen effektiven Kanal für zusätzliche Technische Hilfe darstellen soll. Die zur Verfügung stehenden Beträge werden haupt-

sächlich für die Erarbeitung von Entwicklungsstrategien und -politiken, für die Errichtung landwirtschaftlicher Entwicklungs- und Hilfsdienste sowie für die Abhaltung und Durchführung sogenannter ›Round tables‹ (Geberkonferenzen) für die einzelnen Länder verwendet. Die Beiträge werden an die Länder proportional zu den für das UNDP gültigen Planleitziffern vergeben.

1983 erhielt der Fonds Beiträge in Höhe von 16,3 Mill Dollar; die Bundesrepublik Deutschland leistet keinen Beitrag.

Treuhandfonds für Aktivitäten in der Sudan-Sahel-Region (United Nations Trust Fund for Sudano-Sahelian Activities, UNTFSA)

Infolge von Resolutionen 3054(XXVIII) vom 17. Oktober 1973 und 3512(XXVIII) vom 14. Dezember 1973 der Generalversammlung richtete der Generalsekretär im Sekretariat der Vereinten Nationen das Büro der Vereinten Nationen für die Sahel-Region ein. Diesem Büro wurde die Aufgabe übertragen, alle Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen hinsichtlich der mittel- und langfristigen Regenerierung und Sanierung der acht von der Dürre betroffenen Länder des Sahel (Gambia, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal, Tschad) zu koordinieren. Ferner fiel es in seinen Aufgabenbereich, die für die Durchführung vorrangiger Projekte notwendigen Finanzmittel zu mobilisieren und diese durchzuführen. Diese Projekte sollten aus einem Treuhandfonds finanziert werden, dessen Management ebenfalls dem Büro zugewiesen wurde. 1976 wurde das Büro dem UNDP eingegliedert. Zusätzlich wurde es von der Generalversammlung mit Resolution 33/88 vom 15. Dezember 1978 zur federführenden Stelle für die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten bestimmt und in Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region (UNSO) umbenannt.

Das UNSO verwaltet einen Treuhandfonds, der gemäß der Resolution 3253(XXIX) der Generalversammlung vom 4. Dezember 1974 und der Resolution des Wirtschafts- und Sozialrats 1918 (LVIII) vom 9. Mai 1975 errichtet wurde.

Von 1975 bis 1981 hat das UNSO mehr als 330 Projekte durchgeführt, oft gemeinsam mit anderen Gebern. 1983 erhielt es neue Mittel in Höhe von fast 600 000 Dollar, wobei sich aber die Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligte.

Direktor des UNSO ist Bertin Borna aus Benin.

Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (United Nations Financing System for Science and Technology for Development, UNFSSTD)

Die 1979 in Wien abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung regte die Errichtung eines Finanzierungssystems für diesen Bereich an. Mit Resolution 34/218 vom 19. Dezember 1979 verabschiedete die Generalversammlung das Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung und einigte sich gleichzeitig auf die Errichtung des Finanzierungssystems. Es bestimmte ferner, daß es bis zur Regelung seiner langfristigen institutionellen und finanziellen Struktur interimistisch vom UNDP-Administrator verwaltet werden sollte. Das jetzige Finanzierungssystem ging aus dem 1979 errichteten Interimfonds der Vereinten Nationen für den gleichen Zweck hervor.

Durch die Aktivitäten des Finanzierungssystems sollen die eigenständigen wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten der Entwicklungsländer gestärkt werden, vor allem durch die im Wiener Aktionsprogramm festgelegten Maßnahmen. Über das Finanzierungssystem soll die Mobilisierung, Koordinierung, Weiterleitung und Vergabe der entsprechenden Finanzmittel erfolgen.

Am 19. Mai 1980 hatte der Administrator den Interimfonds für operativ erklärt; im Jahre 1982 legte die Generalversammlung dann mit Resolution 37/244 die langfristige institutionelle und finanzielle Struktur des Finanzierungssystems fest. Sein Beitragsziel liegt bei 250 Mill Dollar, doch ist das bisherige Mittelaufkommen in Höhe von etwa 45 Mill Dollar weit von diesem Wert entfernt. Die Bundesrepublik Deutschland hat bislang keinen Beitrag geleistet.

Direktor des Finanzierungssystems ist der Brite Martin Lees.

Energiekonto des UNDP (UNDP Energy Account)

1981 autorisierte der Verwaltungsrat des UNDP den Administrator interimistisch, freiwillige Beiträge in Form von Geld- oder Sachleistungen entgegenzunehmen, um spezifische Programme und Projekte durchzuführen, die die Entwicklungsländer darin unterstützen sollen, ihr eigenes Energiepotential zu realisieren. Das Energiekonto soll dazu dienen, die Finanzierung und Technische Zusammenarbeit für vorrangige Projekte und Programme zu Exploration, Erschließung, Ausbau und Verarbeitung aller Energieressourcen zu ermöglichen. Die Mittel des Energiekontos erlauben die Durchführung von Projekten, die sonst aus regulären Mitteln des UNDP nicht finanziert werden würden, und die häufig so konzipiert sind, daß die Möglichkeit für eine weitergehende Finanzierung von Anschlußinvestitionen durch die Weltbank besteht.

Der in der Folge der 1981 in Nairobi abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen gegründete Zwischenstaatliche Ausschuß der Vereinten Nationen für neue und erneuerbare Energiequellen empfahl, daß über das Energiekonto die Finanzierung vorrangiger Projekte in diesem Bereich vorangetrieben werden soll.

1983 erhielt das Energiekonto des UNDP Beiträge in Höhe von etwa 1,3 Mill Dollar. Bislang wurden 27 Projekte mit einem Volumen von 7,1 Mill Dollar zur Durchführung freigegeben.

Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (United Nations Fund for Population Activities, UNFPA)

In ihrer Resolution 2211(XXI) vom 17. Dezember 1966 forderte die Generalversammlung die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf, in größerem Umfang in Bevölkerungsfragen aktiv zu werden. Zu diesem Zweck errichtete der Generalsekretär 1967 den Treuhandfonds für Bevölkerungsfragen. 1969 übertrug er dem Administrator des UNDP die Verwaltung des nun in UNFPA umbenannten Fonds. Durch Resolution 3019(XXVII) vom 18. Dezember 1972 erklärte die Generalversammlung den UNFPA zu einem ihrer Spezialorgane und designierte den Verwaltungsrat des UNDP ebenfalls als Leitungsorgan für den UNFPA.

Die Aufgaben des UNFPA sind in Resolution 1763(LIV) vom 18. Mai 1973 des Wirtschafts- und Sozialrats definiert und umfassen im wesentlichen die Durchführung von Maßnahmen in folgenden Bereichen, die letztlich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes zugute kommen sollen:

- eine Erhebung der grundlegenden Bevölkerungsdaten,
- Forschung, Ausbildung und die Unterstützung von Institutionen in Bevölkerungsfragen,
- die Formulierung und Evaluierung von Bevölkerungspolitiken und -programmen,
- die Umsetzung von Programmen zur Bevölkerungspolitik und Familienplanung,
- Unterstützung und Durchführung von einschlägigen Erziehungs- und Kommunikationsprogrammen,
- die Durchführung von Sonderprogrammen (etwa zur Lage der Frau, der Jugend, der älteren Menschen).

Bis Juli 1983 hatte das UNFPA insgesamt mehr als 1800 Projekte in fast 150 Ländern und Territorien abgeschlossen und es finanziert gegenwärtig weitere 1700 Projekte. 1983 erhielt das UNFPA neue Mittel in Höhe von 130 Mill Dollar, einschließlich eines Beitrags der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von etwa 13,5 Mill Dollar (32,5 Mill DM). Auch beim

UNFPA waren die Zieldaten für die Ressourcenplanung höher angesetzt, als sie sich im Laufe der Jahre realisieren ließen, und mußten entsprechend nach unten korrigiert werden (z. B. für 1983 von 149 Mill auf 138 Mill Dollar). Die Verteilung der UNFPA-Mittel auf die einzelnen Projekte und Programme erfolgt auf der Grundlage eines Prioritätensystems, das von der Generalversammlung durch Resolution 31/170 vom 21. Dezember 1976 gebilligt wurde.

Exekutivdirektor des UNFPA ist Rafael Salas aus den Philippinen.

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund, UNICEF)

Das UNICEF wurde von der Generalversammlung durch Resolution 57(I) vom 11. Dezember 1946, damals als »United Nations Children's Emergency Fund«, ins Leben gerufen und war hauptsächlich auf die Situation im Nachkriegs-Europa ausgerichtet. Es erhielt erst am 6. Oktober 1953 seinen jetzigen Namen.

Heute ist das UNICEF das zentrale Instrument der internationalen Gemeinschaft, um in Entwicklungsländern Aktivitäten zugunsten von Kindern zu unterstützen. Kinder unter 15 Jahren machen gegenwärtig mehr als 42 vH der Weltbevölkerung aus; sie sind in den Entwicklungsländern einer sich ständig verschlechternden äußeren Situation ausgesetzt. Eine Zukunft für die Kinder ohne frühzeitigen Tod, Krankheit, Hunger und Behinderung hängt im wesentlichen von adäquater Versorgung mit Trinkwasser, Ernährung, Unterkunft, Gesundheitsdiensten und Ausbildung ab. Für viele dieser Bereiche haben das UNICEF und andere Organisationen des Systems der Vereinten Nationen globale Ziele verabschiedet, die zumeist auf das Jahr 2000 ausgerichtet sind und die dieses Spezialorgan der Generalversammlung als Orientierungsrahmen für seine Aktivitäten benutzt.

Im Laufe der letzten beiden Jahre hat das UNICEF Ziele und organisatorische Struktur angepaßt, um die anstehenden Herausforderungen besser in Angriff nehmen zu können. Das Kinderhilfswerk konzentriert sich jetzt hauptsächlich auf

- Technische Zusammenarbeit, die Bereitstellung entsprechender technischer Hilfsmittel und Ausrüstungsgegenstände hauptsächlich im Bereich der Gesundheitsvorsorge, Schulung für die Errichtung von Gesundheitsdiensten, Erziehungsprogramme, Ernährungsberatung und Maßnahmen zur Trinkwasserversorgung;
- die Identifizierung von Aktionsmöglichkeiten in den einzel-

nen Entwicklungsländern, um die Lebensbedingungen der Kinder zu verbessern;

- die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern durch eine Stärkung nationaler und regionaler Institutionen und Fähigkeiten, die auf Kinder ausgerichtete Ausbildung und Forschung durchführen können.

1983 erhielt das UNICEF mehr als 160 Mill Dollar; der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland belief sich auf etwa 4,5 Mill (fast 11 Mill DM). Aber auch das UNICEF ist in seinem Beitragsaufkommen weit hinter den als Zielvorgaben gesetzten jeweiligen Mitteln zurückgeblieben. Die gesamten dem UNICEF zur Verfügung stehenden Mittel stammen zu etwa zwei Dritteln aus Regierungsbeiträgen und zu etwa einem Drittel aus dem Verkauf von UNICEF-Grußkarten und aus Spenden.

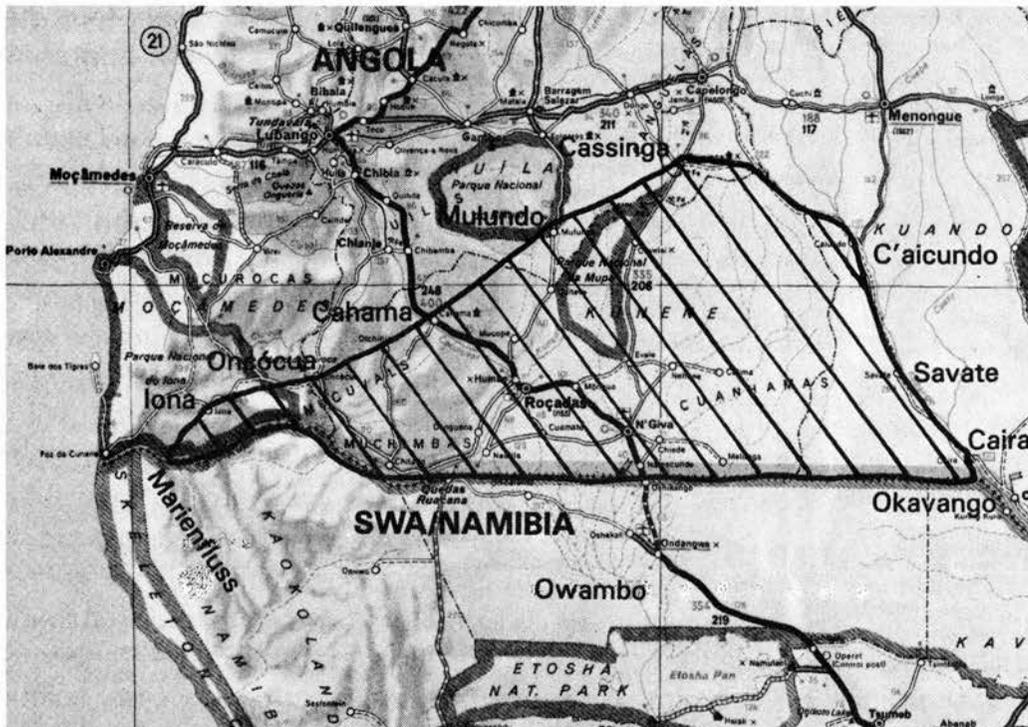
Exekutivdirektor des UNICEF ist der Amerikaner James Grant. Das UNICEF wird von einem zwischenstaatlichen, aus 41 Mitgliedern bestehenden Exekutivrat verwaltet, der einmal jährlich zusammentritt.

Fonds der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Fund, UNIDF)

Der Fonds wurde von der Generalversammlung am 22. Dezember 1976 mit Resolution 31/202 geschaffen, um die der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) zur Verfügung stehenden Mittel zu erhöhen und zu ergänzen. Dieser Fonds soll die UNIDO besser in die Lage versetzen, die Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer in diesem Bereich schnell und flexibel zu befriedigen und so letztendlich ein eigenständiges Wachstum im industriellen Bereich zu stimulieren.

Mit Billigung des Rates für industrielle Entwicklung — seinem Leitungsorgan — nahm der Fonds im Jahre 1978 seine Aktivitäten auf. Die Beschlüsse der alle vier Jahre stattfindenden Generalkonferenz der UNIDO bilden die grundlegenden Richtlinien für die Aktivitäten des Fonds. Der Rat behandelt die ihm jährlich vom Exekutivdirektor der UNIDO unterbreiteten Programmanschläge. Die Hauptstoßrichtung des Fonds liegt in der Finanzierung Technischer Hilfe innovativer Natur im Bereich der Industrientwicklung, die mit anderen bi- und multilateralen Inputs eng koordiniert werden soll:

- Stärkung technischer Fähigkeiten;
- wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern;



Gespräche in Lusaka, der Hauptstadt Sambias, zwischen Vertretern Angolas, Südafrikas und der Vereinigten Staaten am 16. Februar 1984 hatten die Bildung einer gemischten Überwachungskommission zur Folge, die im März begann, den Rückzug der ins südliche Angola eingefallenen südafrikanischen Truppen zu überwachen; Südafrika hat die nebenstehende Karte mit der Markierung des rd. 40000 Quadratkilometer umfassenden zu überwachenden Gebiets vorgelegt. Pretoria ist es über die Vereinbarung mit Angola hinaus gelungen, seine Nachbarstaaten zu einer Art Appeasement-Politik zu zwingen. So wenig »Lusaka« die Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der Resolution 435 (1978) des Sicherheitsrats (vgl. auch VN 1/1984 S.28ff.) bisher näher gebracht hat, so fraglich ist, ob »Nkomati« — das Abkommen mit Mosambik vom 16. März 1984 — tatsächlich eine Friedensperspektive für das Südliche Afrika eröffnet. Denn auch die zwischenstaatlichen Konflikte in der Region hatten letztlich in den inneren Verhältnissen Südafrikas ihre Ursache: im Apartheid-System, in der Niederhaltung der Bevölkerungsmehrheit durch eine menschenverachtende rassistische Politik.

- Durchführung besonderer Maßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder und Entwicklungsländer in Binnen- und Insellage;
- Durchführung von Ausbildungsprogrammen.

Der Rat für industrielle Entwicklung einigte sich auf 50 Mill Dollar jährlich als Zielgröße für die Mittel, die dem Fonds zur Verfügung stehen sollten; die Generalversammlung billigte mit ihren Resolutionen 32/166 und 33/78 diese Planung. In der Realität konnte der Fonds jedoch jährlich nur etwa ein Drittel dieser Ressourcen mobilisieren, nur etwa 13 Mill Dollar, wozu die Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr etwa 2,5 Mill (6,2 Mill DM) beisteuerte.

Der Fonds wird von dem Exekutivdirektor der UNIDO, dem Algerier Abdel Rahman Khane, geleitet.

Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen

(Voluntary Fund for the United Nations Decade for Women, VFUNDW)

Am 16. Mai 1974 beschloß der Wirtschafts- und Sozialrat mit seiner Resolution 1850(LVI), einen Fonds für freiwillige Beiträge zum Internationalen Jahr der Frau zu schaffen. Dieser Fonds wurde 1975 von der Generalversammlung erweitert und umbenannt in Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen (1976–1985). 1981 beschloß die Generalversammlung dann mit ihrer Resolution 36/129, daß der Fonds seine Tätigkeit über diese Dekade hinaus fortsetzen soll, um weiter zur Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Dekade beizutragen.

Der Zweck des Freiwilligen Fonds ist, Aktivitäten und Projekte in Entwicklungsländern, die auf die Verwirklichung der Zielsetzungen der Frauendekade — Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden — ausgerichtet sind, durch finanzielle und technische Unterstützung zu ergänzen und dabei dem Umstand Rechnung zu tragen, daß in Entwicklungsländern die Frau der Hauptnährer für eine von drei Familien ist, selbst aber nur von einem Bruchteil aller internationalen Zusammenarbeiten profitiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf experimentellen und innovativen Projekten, die von anderen Organisationen und Programmen nicht initiiert werden, die aber später von diesen weitergeführt werden können (Katalysatorfunktion): beispielsweise durch direkte Unterstützung von nationalen Nichtregie-

rungsorganisationen. Dieses Mandat erfüllt der Fonds in enger Zusammenarbeit mit UNDP, UNICEF und dem Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten des UN-Sekretariats.

Der Fonds nahm seine Tätigkeit 1977 auf und hat bis Ende 1981 mehr als 220 Projekte unterstützt. Für seine Vergabepaxis wurden dem Fonds von der Generalversammlung durch Resolution 31/133 Kriterien vorgegeben und seine Richtlinien werden von einem Beratenden Ausschuß für den Freiwilligen Fonds festgelegt. 1983 erhielt der Fonds neue Mittel in Höhe von 1,7 Mill Dollar; die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich nicht als Geber.

Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen

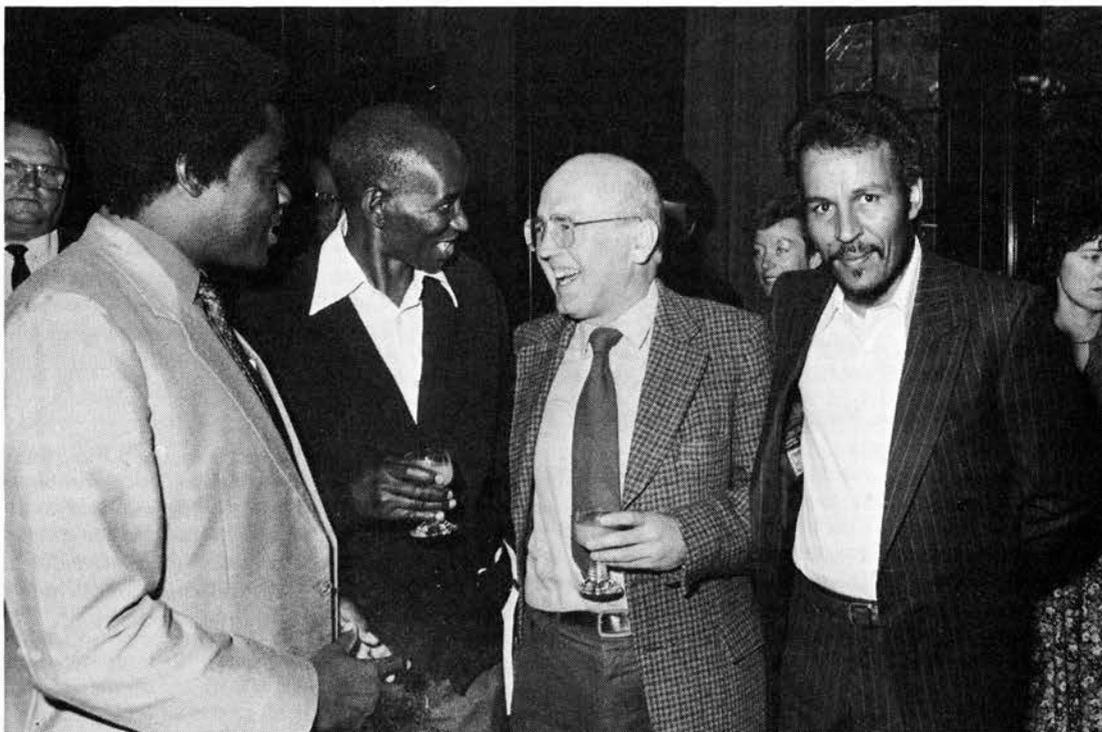
(United Nations Habitat and Human Settlements Foundation)

Der Vorschlag einer Stiftung für menschliches Wohn- und Siedlungswesen geht auf die 1972 in Stockholm abgehaltene Konferenz der Vereinten Nationen über die menschliche Umwelt zurück. Durch diese Stiftung sollte das notwendige Startkapital und Technische Hilfe für nationale Wohnungs- und Siedlungsprogramme finanziert werden, um angemessene Unterkünfte und grundlegende Infrastruktureinrichtungen zu ermöglichen, die zu einer Verbesserung der menschlichen Umwelt in den Entwicklungsländern beizutragen vermögen.

Die Errichtung der Stiftung wurde am 15. Dezember 1972 von der Generalversammlung in Resolution 2999(XXVII) prinzipiell gutgeheißen und der Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen empfahl der Generalversammlung dann 1974, die Stiftung mit Wirkung vom 1. Januar 1975 aktiv werden zu lassen. Die Generalversammlung billigte diese Empfehlung in Resolution 3327(XXIX) vom 16. Dezember 1974. Seit Oktober 1978 wurde die Stiftung dem neu etablierten Zentrum für Wohn- und Siedlungswesen des UN-Sekretariats unterstellt. Das Arbeitsprogramm der Stiftung wird seither vom Zwischenstaatlichen Ausschuß der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen verabschiedet.

Wie viele andere Organe leidet auch diese Stiftung unter einem chronischen Mangel an finanziellen Mitteln, um ihre weitgefaßten Aufgaben zu erfüllen. 1983 erhielt die Stiftung neue Mittel in Höhe von 2,5 Mill Dollar. Im Zeitraum 1976 bis 1981 standen der Stiftung insgesamt 5,3 Mill Dollar zur Verfügung.

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen (UNIN) in Lusaka mit der Universität Bremen sind die Bücher »Our Namibia« für namibische Schüler und »Lernbuch Namibia« für Schüler der Sekundarstufe I in der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Die Unterrichtswerke wurden im April anlässlich eines im Übersee-Museum in Bremen abgehaltenen Symposiums »Bildung zur Befreiung« übergeben. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen gab für die Teilnehmer des Symposiums einen Empfang im Kaminsaal des Rathauses; im Bild v.l.n.r.: Dr. Mose Tjiten-dero, Stellvertretender Direktor und Leiter der Abteilung Lehrerbildung des UNIN, W. Njobe vom Erziehungsausschuß der südafrikanischen Befreiungsbewegung ANC, Horst Werner Franke, Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst, Mohammed Lamine Uld Ahmed, Minister für Bildung und Erziehung in der (Exil-)Regierung der Arabischen Demokratischen Republik Sahara.



Der Exekutivdirektor des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen ist auch für die Stiftung zuständig; der Inder Arcot Ramachandran.

Umweltfonds der Vereinten Nationen (United Nations Environment Fund)

Der Umweltfonds wurde von der Generalversammlung mit Resolution 2997(XXVII), Abschnitt III, vom 15. Dezember 1972 errichtet. Der Fonds soll der Finanzierung von Projekten von allgemeinem Interesse im Umweltbereich dienen, regionale und globale Beobachtungsaktivitäten unterstützen, entsprechende Daten erheben, Projekte zur Verbesserung der Umweltqualität finanzieren, Umweltforschung und -ausbildung sowie nationale, regionale und weltweite Umweltschutzorganisationen fördern. Die Programme des Umweltfonds werden vom Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (United Nations Environment Programme, UNEP) beschlossen.

Etwa mehr als 30 Mill Dollar flossen dem Fonds 1983 zu, davon fast 2 Mill Dollar (4,5 Mill DM) von der Bundesrepublik Deutschland.

Exekutivdirektor des UNEP ist der Ägypter Mostafa Tolba.

Sonderkonto zur Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten (Special Account for Financing the Plan of Action to Combat Desertification, SAFFACDS)

Nachdem die Generalversammlung im Rahmen des von der 1977 in Nairobi abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über das Vordringen der Wüsten verabschiedeten Aktionsplans gebeten wurde, die Errichtung eines Sonderkontos zu genehmigen, wurde dieser Vorschlag von diesem Gremium mit Resolution 32/172 vom 19. Dezember 1977 prinzipiell gebilligt. Das Sonderkonto selbst wurde dann durch Resolution 33/116, Abschnitt C, vom 29. Januar 1979 eröffnet.

Gegenwärtig stehen dem Fonds etwa 150 000 Dollar zur Verfügung; die Bundesrepublik Deutschland leistete keinen Beitrag.

Der Fonds wird vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen verwaltet.

Treuhandfonds für Aktivitäten des Zentrums der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen (Trust Fund for the United Nations Centre on Transnational Corporations, TFUNCTC)

Am 30. Juni 1975 errichtete der Generalsekretär einen Treuhandfonds, über den ein Programm Technischer Zusammenarbeit finanziert wird, um Regierungen von Entwicklungsländern auf ihren Antrag hin bei der Herausbildung der Fähigkeit zu unterstützen, mit transnationalen Unternehmen umzugehen. Das Programm umfaßt Beratungs- und Schulungsaktivitäten, die ein breites Spektrum von Sachfragen abdecken.

1983 erhielt dieser Treuhandfonds fast 700 000 Dollar; die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich nicht.

Exekutivdirektor des Zentrums ist der Brite Sidney Dell.

Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (United Nations Fund for Drug Abuse Control, UNFDAC)

Der Fonds wurde 1971 vom Generalsekretär errichtet, nachdem die Generalversammlung mit Resolution 2179(XXV) vom 15. Dezember 1970 dies beschlossen hatte. Über den Fonds wird ein Programm finanziert, das auf die Reduzierung der illegalen Erzeugung und des Angebots von Drogen sowie auf die Ausarbeitung eines Programms zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des Drogenhandels hauptsächlich in Entwicklungsländern abzielt, um diese in die Lage zu versetzen, ihren

Vertragspflichten aus der ›Einheitskonvention über Suchtstoffe‹ von 1961 und der ›Konvention über psychotrope Substanzen‹ von 1971 nachzukommen.

Dem Fonds flossen 1983 neue Mittel in Höhe von etwa 8,1 Mill Dollar, davon 2,2 Mill von der Bundesrepublik Deutschland, zu, mit denen allerdings nur ein begrenzter Teil der in Planung befindlichen oder bereits beantragten Programme realisiert werden kann.

Exekutivdirektor des Fonds ist der Italiener Giuseppe di Genaro.

☆

Neben diesen 18 verschiedenen Programmen, Organen und Treuhandfonds bestehen noch weitere Fonds, die hier nur der Vollständigkeit halber aufgeführt werden sollen:

- **Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Aktivitäten zur Entwicklung Afrikas (United Nations Trust Fund for African Development Activities, UNTFADA).** Errichtet gemäß Resolution 288(XIII) der Regionalkommission der Vereinten Nationen für Afrika vom 26. Februar 1977; Mittelzufluß 1983: 1,7 Mill Dollar.
- **Treuhandfonds für die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika (United Nations Trust Fund for the Transport and Communications Decade in Africa, TCDA).** Errichtet in der Folge von Resolution 32/160 der Generalversammlung vom 19. Dezember 1977, um die Durchführung des Aktionsplans für die Dekade (1978–1988) zu unterstützen; Mittelzufluß 1983: 61 000 Dollar.
- **Treuhandfonds der Vereinten Nationen für gesellschaftliche Selbstschutzmaßnahmen (United Nations Trust Fund for Social Defence, UNTFSD).** Ursprünglich errichtet mit Resolution 1086 B(XXXIX) des Wirtschafts- und Sozialrats vom 30. Juli 1965, wurde sein Mandat durch Resolution 35/171 der Generalversammlung vom 15. Dezember 1980 erweitert; Mittelaufkommen 1983: fast 600 000 Dollar.
- **Treuhandfonds für das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (Trust Fund for the Office of the United Nations Disaster Relief Coordinator, UNDRO).** Errichtet durch die Resolutionen der Generalversammlung 3243(XXIX) vom 29. November 1974 und 3440(XXX) vom 9. Dezember 1975; Mittelzufluß 1982/83: 17,6 Mill Dollar.
- **Treuhandfonds für die regionalen Aktivitäten der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Westasien (Trust Fund for the Economic Commission for Western Asia Regional Activities, TFEWARA).** Errichtet gemäß Resolution 33 (III) dieser regionalen Wirtschaftskommission vom 14. Mai 1976; Mittelaufkommen 1983: 100 000 Dollar.
- **Treuhandfonds der Vereinten Nationen für das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (United Nations Trust Fund for the International Research and Training Institute for the Advancement of Women, INSTRAW).** Errichtet gemäß Resolution 31/135 der Generalversammlung vom 16. Dezember 1976; Mittelaufkommen 1983: 506 000 Dollar.

Außerhalb dieser Betrachtung bleibt das Welternährungsprogramm — für das eine eigene Beitragsankündigungskonferenz abgehalten wird —, das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR) sowie der im Rahmen des Integrierten Rohstoffprogramms vorgesehene, aber noch nicht in Kraft getretene Gemeinsame Rohstofffonds.

Angesichts der gegenwärtigen allgemeinen Knappheit an finanziellen Ressourcen dürften Vorschläge zur Errichtung weiterer Fonds wenig Realisierungschancen besitzen. In diesem Zusammenhang mag man an den Vorschlag eines Weltentwicklungsfonds denken, der — ursprünglich von der Brandt-Kommission in die Diskussion gebracht — in der von der Generalversammlung mit Resolution 35/56 verabschiedeten Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

So sinnvoll das Drängen auf rationelle Verwendung der Mittel ist, so verständlich die Vorbehalte der Hauptgeberländer gegenüber einer Proliferation neuer Fonds und Einrichtungen auch sind: Öffentliche Aufmerksamkeit ist angezeigt, wenn der Herausforderung der immer wieder beschworenen ›Jahrhundertaufgabe Entwicklungspolitik‹ nur mehr mit fiskalischen Argumenten begegnet werden soll.

Anmerkung

Dieser Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.